

## **Stellungnahme zu den Fragen der CDU/CSU Fraktion für die 30. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages**

Dr. Adrian Zenz  
Unabhängiger Forscher  
Doktorandenbetreuung,  
European School of Culture and Theology,  
70825 Korntal

### **1. Zum Verhältnis von Religion und Politik in China**

#### *1.1. Welche Bedeutung hat Religionsfreiheit historisch und was sind die Ursachen für die Stellung von Religionen in China heute? (CDU/CSU)*

Für eine tiefergehende Beantwortung dieser wichtigen Frage muss zunächst ein grundsätzliches Verständnis des Gesamtkontextes zum Verhältnis von kommunistischen Regimen zu Religionen hergestellt werden. Schon Karl Marx bezeichnete Religionen als das "Opium des Volkes". Mit der Machtübernahme der KP in China im Jahr 1949 begann die zunehmende Unterdrückung aller alternativen Ideologien, insbesondere organisierter Religionen. Im Kommunismus herrscht selten Religionsfreiheit. Wenn sie existiert, dann werden Religionen aus unterschiedlichen Gründen von Regimen geduldet, z.B. um die Bevölkerung bei Laune zu halten, oder weil die staatlichen Repressionskapazitäten gerade anderweitig benötigt werden. Insbesondere stärker institutionalisierte Religionen mit Absolutheitsanspruch wie z.B. einen Glauben an einen allmächtigen Gott, wie vom Islam oder dem Christentum praktiziert, werden von kommunistischen Regierungen oft als besonders problematisch angesehen. Solch eine kritische Sicht ist oft nochmals verstärkt, wenn religiöse Überzeugungen als Basis einer eigenständigen ethnischen Identität dienen, wie dies insbesondere bei den Tibetern oder Uiguren der Fall ist.

In China wurden religiöse Institutionen und Gruppierungen in der Zeit der Kulturrevolution besonders stark verfolgt. Unter der darauffolgenden Liberalisierungspolitik von Deng Xiaoping wurde dann nicht nur die Wirtschaft liberalisiert. Auch religiösen Gruppen und ethnischen bzw. religiösen Minderheiten wurde eine neue Toleranz entgegengebracht. Beide Formen der Liberalisierung waren allerdings grundsätzlich als eine temporäre Maßnahme angelegt, um die Unterstützung der Bevölkerung und der Minderheiten nach den verheerenden Unterdrückungen der Kulturrevolution neu zu gewinnen.

Deng Xiaoping merkte, dass sein Land in den späten 70ern ideologisch und wirtschaftlich am Ende war. Sein geschickter pragmatischer Ansatz bestand darin, die Praxis und Ideologie des Kommunismus am Zügel zu halten, damit sich die Wirtschaft freier entfalten konnte. Weiterhin durften sich alternative Ideologien und Religionen ungezügelter ausbreiten, damit die Gesellschaft wieder etwas aufleben konnte und die

Regierung nicht mehr als so repressiv angesehen wurde. Diese Maßnahmen, die einen deutlichen Kompromiss mit der kommunistischen Basisideologie darstellten (öffentlich vermarktet als "Sozialismus mit chinesischer Prägung"), waren als im Grundsatz als eine Kompromiss- und Übergangslösung angelegt. Auf diese Weise sollte die materielle und gesellschaftliche Basis für die nächste Stufe der sozialistische Revolution geschaffen werden, die zu diesem Zeitpunkt nach Deng's Erkenntnis noch nicht stark genug war.

Unter den nachfolgenden Regierungen (Jiang Zemin, Hu Jintao) wurden religiöse Institutionen und Strukturen dann wieder zunehmend unter staatliche Kontrolle gebracht. Auch die Assimilierungstendenz gegenüber den Minderheiten nahm wieder stückweise zu. Insbesondere sehr erfolgreiche geistliche Bewegungen, die eher dezentralisiert strukturiert waren und sich staatlich nicht leicht überwachen ließen, wurden auch zunehmend massiv unterdrückt. Dazu zählten insbesondere die Falun Gong und christliche Hauskirchenbewegungen.

Die Entwicklungen der letzten ein bis zwei Jahrzehnte können im Grundsatz an zwei Drehpunkten festgemacht werden: erstens, die Bedrohung der ideologischen Vormachtstellung der Partei durch ihren eigenen, zunehmend offensichtlichen geistlich-ideologischen Bankrott. Zweitens, die Bedrohung der Einheit Chinas durch größere Minderheiten, die durch rein materiellen Fortschritt nicht enger an die chinesische Kerngesellschaft angebunden werden konnten, sondern im Gegenteil eine immer stärkere eigene ethno-kulturelle Identität entwickelten. Letzteres stand oft mit geistlich-religiösen Wiederbelebungsbestrebungen im Zusammenhang.

Die beispiellose Unterdrückung von Religion und traditioneller Kultur unter Mao schuf eine Art von geistlich-kulturellem "Vakuum", das in den Worten des Autoren Ian Johnson nach dem Ende dieser Schreckenszeit zu einer beispiellosen Explosion geistlichen Wachstums führte. Die Kulturrevolution führte zu einer kulturell-moralischen Orientierungslosigkeit, einer Unsicherheit über die Bedeutung des "Chinesisch-Seins", einem identitären Bewusstseinsverlust, der dann später zu einer Suche nach neuen Vorbildern und Orientierungspunkten führte. Bei den ethnischen Minderheiten führte dies um so mehr zu einer Rückbesinnung auf die eigene Kultur, Sprache und geistlichen Traditionen.

Schon unter Hu Jintao wurde erkennbar, das die Strategie des kommunistischen Materialismus nicht nur an ihre Grenzen stieß, sondern sich als handfester Fehltritt erwies. Mit wachsendem Wohlstand und Modernisierung ging auch ein Werteverfall in der zunehmend individualistischen Gesellschaft einher. Dieser Werteverfalls war in der Partei selbst besonders dramatisch erkennbar. Unter den Kadern nahm die Korruption, der Nepotismus und der Abstand zum Volk immer weiter zu. Das materialistische Erfolgsmärchen der Partei deckte ihren eigenen geistlichen Bankrott schonungslos auf. Gleichzeitig waren Religionen und geistliche Bewegungen auch unter der Han Bevölkerung immer erfolgreicher. Auch wachsende Zahlen von Regierungsbeamten, Han Chinesen sowie Minderheiten, wandten sich verdeckt oder offen religiösen Praktiken und Gruppierungen zu. Nach Schätzungen des Pew Research Centers hatte China im Jahr 2018 allein bis zu 100 Millionen Christen (im Vergleich zu 67 Millionen in 2010). Das wären mehr als die 90 Millionen Parteimitglieder. Pew gibt weiterhin an, das China im 21. Jahrhundert auch der weltweit größte Hersteller von Bibeln ist.

Für die Regierung war die wachsende ideologische Unterhöhnung ihrer Selbst sowie der dramatische Erfolg alternativer Ideologie- und Wertesysteme ein Weck- und Warnruf. Dies hatte zur Folge, dass einerseits die ideologische Arbeit und Propaganda stark zunahm, und andererseits religiöse und geistliche Bewegungen immer offener unterdrückt wurden. Bereits unter Hu Jintao nahm die Repression unter den Tibetern, Uiguren und christlichen Hauskirchen im Vergleich zu den 80ern und frühen 90ern deutlich zu. Er führte zum Beispiel moralische Erziehungskurse (*sixiang daode jiaoyu*) im Bildungssystem ein. Dies erfolgte sowohl bei der Han Mehrheit sowie in Minderheitenregionen, in der Form einer staatlich gelenkten Alternative zu religiösen bzw. traditionellen Moralstrukturen und Wertesystemen. Weiterhin propagierte Hu's Regime die "wissenschaftlichen Entwicklungs-Weltsicht" (*kexue fazhan guan*): eine "moderne", "wissenschaftliche" und "fortschrittliche" Weltanschauung, die strategisch eingesetzt wurde, um religiöse Weltansichten als "rückschrittlich", traditionelle im Sinne von veraltet, bzw. "unwissenschaftlich" (Aberglaube) an den Rand des gesellschaftlichen Geschehens zu drängen.

Unter Xi Jinping sind ideologische Initiativen und Unterrichtseinheiten - oft mit Teilnahmeverpflichtung - omnipräsent geworden; nicht nur mehr denn je im Bildungssystem, sondern auch unter Akademikern, Künstlern, Schauspielern und anderen Intellektuellen. Xi verstärkt den Propagandaeffekt der Parteiideologie noch zusätzlich mit einem bewusst geförderten nationalistischen Persönlichkeitskult. Er präsentiert sich hier als volksnahe Vaterfigur ("Papa Xi" bzw. *Xi dada*) mit emotionalen Bindungsbestrebungen, die so z.B. in eine viel stärkeren Konkurrenz zu einem emotional-geistlichen Glauben an eine persönliche Gottesfigur oder an ein höheres Wesen eintreten kann. Die Bestrebung der Partei, einen Gottesglauben oder sonstige alternative geistliche Bestrebungen durch eine Bindung an die Parteiideologie zu ersetzen, wird unter Xi's "Führerkult" ungleich effektiver realisiert, als es den bislang oft eher blassen und als korrupt und volksfern angesehenen Kadern möglich war.

Einerseits kann Xi's ideologische Rückbesinnung als eine Rückkehr zur autoritär-ideologischen Schiene von Mao Zedong interpretiert werden. Andererseits reflektiert dies aber auch ganz einfach die konsequente Weiterverfolgung des langfristigen Ziels einer "hochentwickelten sozialistischen Gesellschaft bzw. Kultur" (*shehui zhuyi xianjin wenhua*) und eines "starken, sozialistischen Landes" (*shehui zhuyi qianguo*). Unter Xi Jinping ist Chinas materielle Basis stark genug für solch eine ideologische Rückbesinnung, und das Land besitzt die technologische Basis für einen starken Überwachungsstaat.

Insgesamt muss die aktuelle und zukünftige Stellung von Religion und Religionsfreiheit in China von daher im Kontext des Überlebenskampfes der Partei verstanden werden - mindestens so, wie sie ihn selbst wahrnimmt. Unter Dengs "Übergangskompromiss" konnte der Glaube an höhere geistliche Existenzen zumindest in der Praxis neben der Partei stehen. Aber die konsequente Umsetzung der kommunistischen Ideologie fordert, dass die Partei Gott ersetzen muss. Damit hat sie sich in eine sehr herausfordernde Wettbewerbsposition manövriert, die ihre eigene Unsicherheit tendenziell noch verstärkt, und sich immer wieder in angstgetriebenem Aktionismus zeigt. Xi Jinpings Persönlichkeitskult verstärkt einerseits den ideologischen Verdrängungseffekt, macht sein Regime andererseits aber noch empfindlicher gegenüber jeglicher wahrgenommener ideologisch-geistlichen Konkurrenz.

In Chinas langfristiger Vision eines global agierenden "starken, sozialistischen Landes" können alternative Ideologien wie Religions- und Glaubenssystems höchstens eine Randexistenz führen. Sie dürfen in den Herzen und Gedanken der Staatsbürger keinesfalls an erster Stelle stehen. Eine oberflächliche Glaubenspraxis, die traditionelle oder ethnische kulturelle Gewohnheiten widerspiegelt, ist akzeptabel, solange der Bürger eine Alltagspraxis lebt, die die Ideologie der Partei widerspiegelt. Die neueste Strategie des Staates, das sich Religion "sinifizieren" müssen, kann hier als geschickte Strategie verstanden werden, um die absolute ideologische Vormachtstellung der Partei durch diese vorgebliche geistliche Kontextualisierungsinitiative weiter auszubauen.

In Minderheitenregionen kann die Machtstrategie der Partei als eine Gleichschaltung entlang zweier unterschiedlicher aber im Grundsatz zusammenhängender Homogenisierungsachsen verstanden werden, die sich seit 1949 wie ein roter Faden durch die Minderheitenpolitik der Partei ziehen: erstens, die ideologische Gleichschaltung, wonach die Ideologie der Partei bei allen Bürgern (inklusive den Minderheiten) an erster Stelle stehen muss; zweitens, die ethno-rassistische Gleichschaltung, die verlangt, das die Minderheiten die chinesische Sprache und die gesellschaftlichen und kulturellen Gepflogenheiten der Han Mehrheit fließend beherrschen. Wenn beide dieser Voraussetzungen gegeben sind, dann dürfen die Minderheiten auch ihre eigene Sprache lernen und ihre Kultur und Religion zumindest im oberflächlichen Sinn und unter detaillierter staatlicher Kontrolle nach den aktuellen Vorgaben der Partei praktizieren. Die Kombination beider Homogenisierungsachsen in Minderheitenregionen ist unter anderen darin begründet, das die ethnische Identität der Minderheiten oft durch eine eigenständige, historische Glaubensstradition untermauert ist: die Tibeter sind mehrheitlich buddhistisch, die Uiguren mehrheitlich muslimisch, usw.

Der traurige Höhepunkt des Kampfes der Partei um die ideologische Vormachtstellung im Land stellt meiner Ansicht nach die beispiellose Umerziehungskampagne in Xinjiang dar. Was in Xinjiang passiert, kann als Experiment der Partei für das ganze Land verstanden werden. Was sich in den politischen Umerziehungslagern abspielt ist nichts anderes als ein brutal geführter Kampf darum, womit sich der Mensch am tiefsten und nachhaltigsten identifiziert. Die Umerziehung ist gezielt darauf ausgelegt, bisherige Identitätsbindungen und Strukturen nachhaltig und unter der Einwirkung tiefer Traumata zu brechen, und die Menschen innerlich an die Partei zu binden. Die Regierung hat hier bereits aus den Umerziehungskampagnen der Falun Gong Bewegung reichhaltige Erfahrungen gesammelt.

Es wäre logisch und konsequent, wenn die Regierung aus der Umerziehungskampagne in Xinjiang gezielt lernt, wie man Menschen scheinbar oder tatsächlich "transformieren" (*zhuanhua* bzw. *jiaoyu zhuanhua*) kann. Wenn dann ein chinesischer Staatsbürger in Zukunft im Überwachungssystem durch ideologisches Fehlverhalten auffällt, dann könnte er das Opfer einer entsprechend angepassten und gezielt eingesetzten Umerziehungsmaßnahme werden. Experten haben solch ein System als die Automatisierung des sozialistischen "Gesellschaftsmanagements" (*shehui guanli*) bezeichnet.

Chinas technologische Fortschritte im Überwachungsbereich lassen in Verbindung mit der aktuellen ideologisch-politischen Parteipraxis nichts Gutes für die Zukunft der Religionsfreiheit vermuten. Schon jetzt müssen zum Beispiel christliche Kirchen im ganzen Land Gesichtserkennungskameras installieren, die auf die Gottesdienstbesucher

zeigen. Wenn Regierungsbeamte in die Kirche gehen werden Disziplinarmaßnahmen eingeleitet. In Xinjiang müssen Gottesdienstbesucher von staatlich genehmigten Kirchen sogar schon am Eingang ihre Ausweise in Scannern einlesen lassen. Wenn ein Regierungsmitarbeiter dort den Zutritt versucht, dann wird ein Alarm ausgelöst. Der Zutritt zu dem riesigen tibetisch-buddhistischen Tempelkomplex Larung Gar in der Provinz Sichuan ist seit 2019 durch drei Checkpoints gesichert, wo jeder Ein- und Austritt kontrolliert werden kann. Ausgefeilte Kameraüberwachungssysteme an religiösen Stätten in China werden zur Normalität. So kann die Glaubenspraxis jedes einzelnen Bürgers immer nahtloser überwacht und mit entsprechenden Sanktionen belegt werden.

Weitere Überwachungstechnologische Innovationen werden bereits in anderen Kontexten getestet. Die Stadt Nanjing lässt ihre Strassenreiniger GPS-Armbänder tragen, die ihre Bewegungsprofile erfassen und sie per Sprachwiedergabe zur Arbeit ermahnen, wenn sie an einem Ort für länger als 20 Minuten verharren. In einem Testlauf mussten 10,000 Schüler Stirnbänder mit EEG Sensoren tragen, die ihre Aufmerksamkeit während des Unterrichts anhand von Gehirnwellenmessungen erfassten. Bei Schülern mit geringerer Konzentration leuchteten am Stirnband entsprechende farbige Leuchtsignale auf, die den Lehrern Handlungsbedarf signalisierten. Man kann sich anhand beider Beispiele vorstellen, wie die Regierung in Zukunft weiterentwickelte Versionen solcher Technologien für eine noch ausgefeiltere Überwachung und Repression von geistlich-religiösen Aktivitäten einsetzen könnte.

Für die Zukunft der Religionsfreiheit in China verheißt all dies nichts Gutes.

Quellen:<sup>1</sup>

[https://www.karolinum.cz/ink2\\_stat/dload.jsp?prezMat=110739](https://www.karolinum.cz/ink2_stat/dload.jsp?prezMat=110739)

<http://cpc.people.com.cn/GB/64162/64168/64566/65447/4526368.html>

<https://www.independent.co.uk/news/world/asia/china-schools-scan-brains-concentration-headbands-children-brainco-focus-a8728951.html>

<https://www.express.co.uk/news/world/915931/china-christianity-christian-persecution-Xinjiang-Uyghur-open-doors>

<https://mindmatters.ai/2018/11/facial-recognition-aids-persecution-of-chinese-christians-muslims/>

<https://www.dw.com/en/in-xi-we-trust-is-china-cracking-down-on-christianity/a-42224752>

<https://brill.com/view/title/24528>

<https://osf.io/preprints/socarxiv/4j6rq/>

<http://news.stnn.cc/china/2019/0402/626078.shtml>

---

<sup>1</sup> Bitte entschuldigen Sie, das vom Autor aus zeitlichen Gründen bei den Quellen einfach nur unformatierte Internetlinks gelistet werden.

<https://jamestown.org/program/the-learning-curve-how-communist-party-officials-are-applying-lessons-from-prior-transformation-campaigns-to-repression-in-xinjiang/>

<https://jamestown.org/program/grasping-power-with-both-hands-social-credit-the-mass-line-and-party-control/>

<http://www.globaltimes.cn/content/1104987.shtml>

<http://www.globaltimes.cn/content/1065265.shtml>

<https://jamestown.org/program/managing-the-state-social-credit-surveillance-and-the-ccps-plan-for-china/>

<http://www.ian-johnson.com/books/the-souls-of-china>

<https://www.tibet.net/2019/04/larung-gar-buddhist-academy-closes-to-new-enrollment-as-china-tightens-controls/>

<https://supchina.com/2019/04/04/nanjing-location-tracking-smartwatches-spy-on-street-cleaners/>

### **3. Strategien westlicher Staaten und Organisationen, um Einfluss auf die chinesische Politik gegenüber religiösen Minderheiten auszuüben**

*8. Welche Konsequenz hat die chinesische Umerziehungspraxis, die weiterhin massiv zunimmt, und welche Reaktion westlicher Demokratien kann zum Schutz religiöser Minderheiten wie der Christen, der muslimischen Uiguren und der buddhistischen Tibeter sowie anderer in China beitragen? (CDU/CSU)*

Die Umerziehungskampagne hat massive Konsequenzen für die inter-ethnischen Beziehungen. Weiterhin leistet sie dem Fundamentalismus jeglicher Art Aufschub. Ethnische Minderheiten, die ihre Kultur und Glaubensorientierungen nicht frei ausüben können, erleiden einen Bruch in ihrer Identität. Dieser Bruch ist wie ein inneres Trauma, das mit der Zeit oft zu ungesunden oder gefährlichen Verhaltensweisen und der Suche nach alternativen Identitätsbasen führt. Selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte, so führt eine gestörte Identität mindestens zu labilen und konfliktgeladenen Beziehungen zu anderen ethnischen Gruppen, insbesondere der dominanten Han Mehrheit.

Die Erfahrung der letzten 2-3 Jahre zeigt, dass auf Seite des Auslandes eine konsequente, detaillierte Berichterstattung und die regelmäßige Erwähnung gewonnener und belegbarer Fakten am hilfreichsten waren. China möchte international Einfluss gewinnen und will angesehen sein sowie respektiert werden. Peking mag äußerlich den Anschein geben, dass die Meinung anderer egal sein kann, weil man selbst zunehmend mächtiger und einflussreicher ist. Dies mag zu einem gewissen Grad stimmen, aber in der chinesischen Gesichtskultur spielt Ansehen immer eine große Rolle. Peking verabscheut es, international negativ oder kritisch beleuchtet zu werden. Das erklärt auch, warum die chinesische Regierung seit Herbst 2018 immer mehr Energie in die Gegen-Diplomatie in Bezug auf z.B. die Lager in Xinjiang aufgewandt hat.

Die Kampagnen der Exil-Uiguren auf sozialen Medien werden in China genau beobachtet. Oft sind diese im Ausland lebenden Uiguren dann von den eigenen Angehörigen kontaktiert worden. In etlichen Fällen wurden diese Angehörige aus den Lagern entlassen und dazu gezwungen, ihre Auslandsangehörigen anzurufen, um ihnen zu sagen, das es ihnen gut geht und das sie ihre Öffentlichkeitsarbeit stoppen sollen. Hier handelt es sich nicht nur um Einzelfälle sondern ein systematisches Phänomen, mit dem Ziel, die Öffentlichkeitsarbeit der Exiluguren zu untergraben. Dies ist ein eindeutiger Hinweis darauf, das sich die Chinesen mehr um ihr Ansehen kümmern als man denken mag.

Chinas neueste Propagandainitiative in Xinjiang vor einigen Wochen bestand sogar darin, westlichen Medien Zugang zu den vorgeblichen "Trainingslagern" zu gewähren. Dies fand natürlich in einem stark kontrollierten Umfeld statt. Die Reporter wurden am Lagereingang von Uiguren begrüßt, die traditionelle ethnische Kleidung trugen. Bei vorherigen Medientouren wurden nur Reporter aus Ländern eingeladen, die Peking nahe stehen und sich wenig um Menschenrechte kümmern. Satellitenaufnahmen belegen, das Wachtürme und Stacheldraht rechtzeitig von diesen "Vorzeige-Lagern" entfernt wurden. Dennoch ist dies eine bemerkenswerte Entwicklung die zeigt, das die Regierung sich um ihr internationales Ansehen kümmert.

Weiterhin gibt China sich nicht damit zufrieden, als Menschenrechtsverletzer dazustehen. Es entwickelt in proaktiver Weise und mit immer mehr Aufwand und Raffinesse eine alternative Definition von Menschenrechten: Menschenrechte als wirtschaftliche Entwicklung. Bei den Vereinten Nationen konnte Peking mit dieser Strategie einer Reihe von anderen Staaten, die sich natürlich auch oft in politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit zu China befinden, auf seine Seite gewinnen.

Chinas Menschenrechtsverletzungen gegenüber religiösen Bewegungen wie z.B. die Hauskirchenbewegungen, die Falun Gong, sowie in Xinjiang und Tibet, müssen von der Bundesregierung konsequent dokumentiert und regelmäßig öffentlich angesprochen werden. Die "stille Diplomatie" mag ihren Platz haben. Aber bei solch massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen, wie sie insbesondere aktuell in Xinjiang erkennbar sind, ist öffentliche Kritik durch Spitzenpolitiker essentiell und durch nichts anderes zu ersetzen. Solch eine Haltung zeigt der chinesischen Regierung, das sie sich solche Verhaltensweisen trotz ihres wachsenden materiellen Reichtums und politischen Einflusses nicht leisten kann. Es wäre geradewegs fatal wenn die chinesische Führung den Eindruck bekommt, das sie ungeschoren einen kulturellen Genozid begehen kann. Wenn die Politik sich hier nicht öffentlich äußert, dann leistet sie im Endeffekt der Unterdrückung Vorschub. Öffentlicher Druck durch Berichterstattung in den Medien ist wichtig und hat ihren Platz, ist aber nicht hinreichend. Auch aufgrund der ausgeprägten Gesichtskultur wird die chinesische Regierung öffentliche Kritik durch andere Regierungen durchaus ernst nehmen, auch wenn sie sie dem Anschein nach vielleicht nur wegzuwischen oder barsch zurückzuweisen scheint (stärkere emotionale Reaktionen sind an sich schon ein recht eindeutiges Zeichen dafür, das etwas ernst genommen wird).

Aus diesem Grund sollten mehr öffentliche Foren geschaffen werden, wo sich Politiker, Geschäftsleute, Forscher und Experten in einem öffentlichen Rahmen und mit paralleler Berichterstattung durch die Medien austauschen können.

Jegliche Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit ist natürlich um so effektiver, je multilateraler sie aufgestellt ist. Die Bundesregierung sollte hier mit den entsprechenden Stellen der Europäischen Union zusammenarbeiten (z.B. EEAAS / Federica Mogherini), und von der EU eine wesentlich deutlichere Stellungnahme zu diesen Menschenrechtsverletzungen einfordern als dies bislang der Fall war. Eine stille "Hintertürdiplomatie" hat hier und da ihren Platz, aber sie hat für die aktuelle Menschenrechtssituation in Xinjiang, in Tibet, bei verfolgten christlichen Gemeinschaften und der Falun Gong faktisch nur Nachteile.

Falls deutsche Firmen er Unterdrückung in China durch Exporte oder Expertise Vorschub leisten, oder aus diesen Regionen wie Tibet oder Xinjiang durch größere Geschäfte oder Werke Profit schlagen, sollte dies nicht pauschal verboten, aber mindestens kritisch angesprochen und problematisiert werden. Fälle wie die des Volkswagen Vorstandsvorsitzenden Herbert Diess, der vor laufender Kamera in Bezug auf die Menschenrechtsproblematik in Xinjiang Ignoranz vorspielt, obwohl seine Firma in der Region ein großes Werk hat, dürfen nicht kommentarlos übergangen werden. Hier ist die Bundestagsabgeordnete Margarete Bause mit gutem und wichtigem Beispiel vorausgegangen.

Meiner Meinung nach müsste die Bundesregierung hier wesentlich proaktiver agieren. Sie müsste mit Firmen wie Volkswagen, die in besonders sensiblen Regionen Werke o.ä. betreiben, im regelmäßigen Austausch stehen und Berichterstattung zur Situation vor Ort verlangen. Zu inakzeptablen Äußerungen wie denen von Herrn Diess sollte die Bundesregierung zeitnah Stellung nehmen. Aktuell wird der Bevölkerung eher vermittelt, das die Beziehung zu Ländern wie China von wirtschaftlichem Pragmatismus geprägt ist. Die Öffentlichkeit wird in dieser Hinsicht zu wenig sensibilisiert, und die Bundesregierung bezieht zu solchen Problematiken zu wenig konkret Position. Die Bundesregierung hat auch die Verantwortung, die deutsche und europäische Öffentlichkeit systematischer und effektiver über solche Problematiken zu informieren, und sich hier nicht rein auf die mediale Berichterstattung zu verlassen.

Schließlich muss man auch bedenken, das Äußerungen wie die von Herrn Diess dem deutschen Bild im Ausland schaden, gerade auch wegen unseres besonders sensiblen geschichtlichen Hintergrundes (die Nazizeit). Man siehe hier zum Beispiel den weithin wahrgenommenen Meinungsartikel der Washington Post mit dem Titel "How could Volkswagen's CEO not know about China's repression of Muslims?".<sup>2</sup> Schon zuvor, im März 2019, schrieb der holländische Autor Alexander Zwagerman einen Artikel mit dem Titel "Volkswagen in China: will the Germans again claim they 'didn't know' about the concentration camps?"<sup>3</sup>, worin er eine Halb-Uigurin interviewt, die Mitarbeiterin eines FAW-Volkswagen Werkes ist und deren Nachbarn und Angehörige größtenteils in den Lagern verschwunden sind. Solch eine Situation vermittelt der chinesischen Regierung, das sie hunderttausende wenn nicht über eine Millionen ungeliebte Minderheiten in Lager stecken kann, ohne das dies wirtschaftliche Konsequenzen hätte. Noch schlimmer aber ist, das dies der Weltöffentlichkeit zumindest schleichend den Eindruck gibt, das

---

<sup>2</sup> [https://www.washingtonpost.com/opinions/global-opinions/how-could-volkswagens-ceo-not-know-about-chinas-repression-of-muslims/2019/04/19/42dfd318-6132-11e9-9ff2-abc984dc9eec\\_story.html?utm\\_term=.5e8d66674f81](https://www.washingtonpost.com/opinions/global-opinions/how-could-volkswagens-ceo-not-know-about-chinas-repression-of-muslims/2019/04/19/42dfd318-6132-11e9-9ff2-abc984dc9eec_story.html?utm_term=.5e8d66674f81)

<sup>3</sup> <https://www.hongkongfp.com/2019/03/11/volkswagen-china-will-germans-claim-didnt-know-concentration-camps/>

unser Land aus seiner Geschichte nicht nachhaltig die entsprechenden Lektionen gelernt hat. Schon vor 80 Jahren hatte Deutschland fortschrittliche, effiziente und erfolgreich geführte Unternehmen, die von der Zusammenarbeit mit einem Unrechtsregime profitierten. Man darf zu Recht fragen, inwieweit sich die tatsächlichen Wertevorstellungen unserer Leitungspersonlichkeiten in der Praxis geändert haben.

Quellen:<sup>4</sup>

<https://www.nytimes.com/2019/04/08/world/asia/china-muslims-camps.html>

<https://www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3004214/un-diplomats-and-activists-describe-chinese-pressure-and>

<https://www.nytimes.com/2018/08/10/world/asia/china-xinjiang-un-uyghurs.html>

[https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id\\_85603864/china-vw-boss-diess-will-von-umerziehungslagern-nichts-wissen.html](https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_85603864/china-vw-boss-diess-will-von-umerziehungslagern-nichts-wissen.html)

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/report-nichts-ist-gut-1.3727046>

<https://www.irishtimes.com/news/world/asia-pacific/china-defends-xinjiang-camps-as-it-takes-reporters-on-tour-1.3750070>

[https://www.fairobservers.com/region/asia\\_pacific/uyghur-muslims-persecution-xinjiang-china-human-rights-news-00191/](https://www.fairobservers.com/region/asia_pacific/uyghur-muslims-persecution-xinjiang-china-human-rights-news-00191/)

<https://www.nytimes.com/2019/02/17/world/asia/uyghurs-china-internment-camps.html>

<https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-04-19/how-china-is-defending-its-detention-of-muslims-to-the-world>

<https://www.wsj.com/articles/china-intensifies-lobbying-to-thwart-criticism-of-muslim-detentions-11547230366>

<https://www.rfa.org/english/news/uyghur/preparations-12122018152245.html>

---

<sup>4</sup> Bitte entschuldigen Sie, das vom Autor aus zeitlichen Gründen bei den Quellen einfach nur unformatierte Internetlinks gelistet werden.